

Podiumsdiskussion:

"Die Defizite aufdecken. Die Werte für die Rekonstruktion der Linken"

1. Knapp zwei Jahrzehnte nach dem Ende des osteuropäischen Staatssozialismus ist die Notwendigkeit, sich mit diesem Erbe der europäischen Linken auseinander zu setzen, nicht nur für jene, die aus dieser Tradition kommen, keinesfalls erledigt, zumal dieser – deformierte und so grundlegend gescheiterte – Sozialismusversuch nicht nur theoretisches, sondern unendlich reiches empirisches Material für die grundlegende Erneuerung kapitalismuskritischer und sozialistischer Politik darstellt.

Ich stelle diesen Aspekt jedoch aus einem anderen Grunde voran. Der epochale Zusammensturz des sowjetischen Imperiums riss 1990 die gesamte europäische Linke, darunter auch die sowjetunionkritische Linke, in eine Krise.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Einer der wesentlichsten und weitverbreiteten war die Tatsache, dass in fast allen europäischen Bevölkerungen die Akzeptanz, zumindest aber der Glaube an die Möglichkeit, einer nichtkapitalistischen Alternative tief erschüttert wurde.

Die Konsequenzen waren unterschiedlich. Einige sozialistische und kommunistische Parteien konnten ihre Verankerung in ihren sozialen, kulturellen und politischen Milieus mehr oder weniger behaupten, erlebten jedoch eine verstärkte geistig-politische gesellschaftliche Isolation, zumindest hinsichtlich ihres antikapitalistischen Anspruchs. Andere verloren gravierend an Wählereinfluss. Manche lösten sich auf oder schrumpften zur völligen politischen Bedeutungslosigkeit. Die traditionsreiche Italienische KP setzte ihren Weg der Sozialdemokratisierung beschleunigt fort und ging in politisch und ideologisch diffusen Konzepten der Mitte auf. Zudem waren zahlreiche Spaltungs- und Aufspaltungstendenzen erkennbar.

Zugleich gab es aus dieser geschichtlichen Defensive jedoch auch nicht wenige, schwierige und widerspruchsvolle Versuche einer grundlegenden Rekonstruktion und Erneuerung sozialistischer, antikapitalistischer bzw. kapitalismuskritischer Politik.

2. Parallel dazu gab es zwei für die sozialistische Linke einschneidende andere Entwicklungen.

Erstens: Der osteuropäische Staatssozialismus war trotz seiner wirtschaftlichen Schwäche und seines antifreiheitlichen und undemokratischen Charakters zweifelsohne eine politische und soziale Herausforderung und Barriere für den westlichen Kapitalismus. Als sie

entfielen wurde der unter Pinochet, Thatcher und Reagan begonnene Siegeszug der Neoliberalismus, besser: des Marktradikalismus, in fast allen westlichen Volkswirtschaften und Gesellschaften – mit Nuancen – sowie in Mittel- und Osteuropa und in Form einer rabiaten neoliberalen Globalisierung vollendet.

Zweitens: Die Sozialdemokratie schloss sich prinzipiell, wenngleich mit einigen Unterschieden, in nahezu allen europäischen Staaten dem neoliberalen Grundkonsens und diesem neuen Gesellschaftsvertrag an.

Heute, zwei Jahrzehnte später, bildet sich eine strategisch und gesellschaftspolitisch neue Situation heraus, mit der neue Chancen und eine neue, große Verantwortung für eine erneuerte Linke verbunden sind.

Der Neoliberalismus hat sein Zerstörungswerk an der gesellschaftlichen und sozialen Rolle des Staates und der politischen Rolle der Demokratie existenziell ausgeweitet. Der nach dem Ende des Staatssozialismus übrig gebliebene Kapitalismus will sich offensichtlich zu Tode siegen. Die ihm durch die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und andere soziale Bewegungen und durch das sozialliberale Bürgertum nicht zuletzt unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz abgerungenen Fesseln und seine politische und soziale Regulierung sind in den letzten drei Jahrzehnten erst gelockert, in jüngster Zeit zu beträchtlichen Teilen zerbrochen worden. Es ist "eine Ökonomie der Enteignung" (David Harvey) durchgesetzt worden. Sozial bedeutet diese Politik die millionenfache Ausgrenzung von Menschen. Sie bedeutet eine neue und beispiellos tiefe soziale Spaltung. Der soziale Zusammenhalt ist in vielen europäischen Gesellschaften bedroht. Eine millionenstarke Klasse des Prekariats ist entstanden und sozial ausgegrenzt. Noch scheint die Gesellschaft diese Spaltung hinzunehmen und zu akzeptieren, obwohl sie für so viele Menschen die Enteignung von Lebens- und Teilhabechancen bedeutet und gesellschaftsgefährdendes Ausmaß annimmt.

Damit einher ging die Zerstörung von Politik und Demokratie. Für Deutschland sprach der Journalist Arno Luik durchaus zu Recht von einem Putsch: „Sie nennen es 'Umbau' - doch die Wortwahl kaschiert nur den qualitativen Sprung in ein anderes Gemeinwesen. Die Berliner Republik steht für den Abschied von der Solidargemeinschaft. Und nichts wird von den grundgesetzlich festgeschriebenen Idealen bleiben - außer auf dem Papier und gelegentlich noch in schönen Reden.“ Er fügte hinzu, dass diese Politik, den "Staat ruiniert, ihn handlungsunfähig macht. Die Politik verzweigt."¹ Siegfried Broß, Richter am deutschen Bundesverfassungsgericht hat in diesem Zusammenhang vor allem die Gefahren einer Politik der Privatisierung öffentlicher Aufgaben hervorgehoben: „Wenn sich der Staat immer mehr der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch Privatisierung entledigt, verliert er damit Handlungs- und Gestaltungsräume. Das bedeutet letztlich, dass er größtenteils seine Politikfähigkeit einbüßt.“²

¹ Arno Luik: Der Putsch von ganz oben, Stern vom 21. Oktober 2004

² Siegfried Broß, Durch Privatisierung stellt sich der Staat letztlich selbst in Frage, STZ, 6. Februar 2006

3. Mit seinem Sieg jedoch ist der Neoliberalismus, vor allem eben durch seine Gesellschaft sowie Sicherheit, Frieden, Umwelt, kulturellen Reichtum und Gerechtigkeit in der Welt bedrohende Tendenz selbst in die Krise geraten. Mein Bruder Michael Brie schätzte in seinem Aufsatz „Segeln gegen den Wind“ meiner Meinung nach zutreffend ein: „Der Neoliberalismus untergräbt in der Konsequenz seine eigene Legitimation. Totalitäre Vermarktung zerstört die Grundlagen für Individualität und ein selbstbestimmtes Leben.... Die geschaffene Alternativlosigkeit und Macht des Faktischen verliert ihre hegemoniale Kraft in dem Maße, wie sie illegitim, unsozial und gefährlich wird. Sie wird dadurch zu einer Macht, die weniger auf Überzeugung und Ausstrahlung beruht als auf bloßer Gewalt oder dem Fehlen konkreter Auswege. Damit wird sie ausgehöhlt. Der Neoliberalismus ist in einer Krise seiner Legitimität und zunehmend auch seiner Durchsetzungskraft. Auch für ihn gilt: ‚Ideologie scheitert nicht an Argumenten. Ideologie scheitert an der Wirklichkeit.‘^{3,4}

Es ist die außerordentliche Notwendigkeit und die außerordentliche Möglichkeit einer grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Alternative entstanden.

Durch die elementaren sozialen, ökologischen und politischen Konsequenzen dieser Politik und ihrer Krise ist in vielen europäischen Bevölkerungen inzwischen ein Bewusstsein entstanden, dass der Neoliberalismus untauglich ist, die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungserfordernisse nachhaltig zu beantworten. Er wird, im Gegenteil, zunehmend als bedrohend und zerstörerisch empfunden.

Der Geschäftsführer des deutschen Meinungsforschungsinstituts *Emnid* fasste diese Entwicklung für Deutschland so zusammen: „Was ist seit PDS-Zeiten, als sie im Osten auf knapp 20 Prozent der Stimmen kam, anders geworden? Fast alles. Vor allem: Die Aussortierten haben mit Hartz IV (einem antisozialen Programm, das alle anderen Bundestagsparteien unterstützten; A.B.) endlich ein Symbol für Wut und Willen, sich für ihren linken Traum von der anderen Gesellschaft zu engagieren. Plötzlich ist nicht mehr Ducken die Reaktion, sondern offene Opposition... Aus der Protestpartei PDS wurde die Programmpartei Linke, weil diese im Osten die Ziele der ‚guten alten SPD‘ hoch hält.“⁵ Das gilt im übrigen offensichtlich auch für Westdeutschland.

Auch andere Gegenkräfte sind in jüngster Vergangenheit in Deutschland stärker geworden, teilweise durchaus auch in der Folge neuer politischer

³ Heiner Flassbeck: Wirtschaftspolitische Sommerphantasien. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/2006, S. 1233.

⁴ Michael Brie: Segeln gegen den Wind. Bedingungen eines politischen Richtungswechsels in Deutschland; in: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt, Meinhard Meuche-Mäker (Hrsg.): Die Linke. Wohin verändert sich die Republik, Berlin 2007, S. 263 f.

⁵ Klaus-Peter Schöppner: "Der Humus der Linken" - Stärkste Kraft im Osten, erster Erfolg im Westen: Warum aus der Protestpartei PDS eine Programmpartei werden konnte. In: Leipziger Volkszeitung, vom 3. August 2007.

Freiräume, die durch den Aufstieg der Linkspartei entstanden sind. Es gibt eine gewisse Re-Politisierung der Gewerkschaften. Soziale Protestbewegungen haben zumindest zeitweise, globalisierungskritische Bewegungen offensichtlich auch dauerhafter Einfluss auf die politische Situation in Deutschland gefunden. Der Druck reicht in die Parteien hinein, wie nicht zuletzt die Beschlüsse des Grünen-Parteitag von Göttingen und des SPD-Parteitag von Hamburg zeigen.

Bislang sind die sozialen und politischen Akteure einer politischen Alternative jedoch nicht zu einer gemeinsamen gesellschaftlichen Bewegung fähig. Ich zitiere wiederum Michael Brie: „Noch aber werden die globalisierungskritischen und friedenspolitischen Demonstrationen vor allem von den oberen Schichten getragen, während die Anti-Hartz-IV-Protestzüge von den bedrohten Arbeitnehmern und den Prekarisierten geprägt waren. Auch den Protesten gegen das G-8-Treffen in Heiligendamm, so erfolgreich sie waren, fehlten weitgehend die Bürgerinnen und Bürger aus dem sozialen Unten. Die Konfliktlinien zwischen der sozialen und der kulturellen Linken, der gewerkschaftlichen und der ökologisch und feministisch orientierten Linken, zwischen den linken Mittelschichten und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Migrantinnen und Migranten, den abgehängten Prekarisierten sind unübersehbar. Die Potentiale sozialer Bewegungen und der politischen Linken für einen Richtungswechsel müssen erst noch zusammenwachsen.“⁶

Wer eine realistische Analyse der Möglichkeiten für einen politischen Richtungswechsel in Deutschland vornimmt, wird weitere Schwächen und Defizite feststellen.

Trotz einiger Ergebnisse sind vor allem zwei entscheidende Bedingungen nur schwach herausgebildet:

Zum einen sind die erwähnten sozialen Bewegungen nicht nur heterogen und widerstreitend, sondern auch noch zu schwach für einen emanzipatorischen und nachhaltigen Charakter einer politischen Alternative.

Zum anderen ist die vielfältige Linke bisher nur völlig unzureichend fähig und auch wenig aktiv bestrebt, das geistige und kulturelle Klima in Deutschland zu verändern. Dazu gehören nicht nur intellektuelle und realistische Konzepte und Programme, sondern die energische politische Organisation eines alternativen und weit in die Gesellschaft hineinreichenden Diskurses und die Überwindung der gesellschaftlichen Resignation. Es reicht für gute Wahlergebnisse, wenn Menschen die herrschende Politik ablehnen. Es würde möglicherweise sogar für eine Mehrheit im Bundestag für eine rot-rot-grüne Koalition reichen. Es reicht nicht für eine andere Politik. Die braucht ihre Basis nicht primär in einer Bundestagsmehrheit, sondern in einem anderen geistigen Klima, in Zuversicht der Menschen, dass alternative Politiken nicht nur wünschenswert, sondern auch realistisch und realisierbar sind und im

⁶ Michael Brie, a.a.O. S. 268

eigenen sozialen und politischen Engagement Hunderttausender Menschen selbst. Das ist bisher in der Bundesrepublik Deutschland nicht der Fall.

Ich meine, dass wir uns durchaus in einem erneuten Epochenwechsel befinden, der zunächst nur durch das Ende der neoliberalen Hegemonie, noch nicht durch eine gesellschaftspolitische Alternative gekennzeichnet ist. Der Kampf um sie und ihren Charakter steht erst bevor.

4. In der Bundesrepublik Deutschland ist durch die Neukonstituierung der parteipolitischen Linken aus der früheren Partei des Demokratischen Sozialismus, die vor allem in Ostdeutschland stark verankert war, und der später gegründeten und maßgeblich von Oskar Lafontaine geprägten Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, eine parteipolitische Kraft entstanden, die das deutsche Parteiensystem ernsthaft erschüttert hat, bereits jetzt wirkungsvoll auf die Politik der anderen Parteien einwirkt und völlig neue Chancen für eine alternative Politik eröffnet hat. Diese Neugründung und die gesamte damit verbundene Entwicklung stellen jedoch kein Rezept für die Erneuerung und Rekonstruktion der Linken in anderen europäischen Ländern dar. Die Bedingungen dafür sind ebenso unterschiedlich wie die Geschichte, das politische Selbstverständnis und die Kultur der jeweiligen linken, sozialistischen, kapitalismus- und globalisierungskritischen bzw. antikapitalistischen Parteien und Organisationen.

Doch wenn wir über Werte und Grundorientierungen einer zeitgemäßen Linken nachdenken, scheinen mir einige Grundfragen allgemeingültiger Natur zu sein.

Links-Sein unterlag geschichtlich immer Wandlungen. Seit die sozialistische Linke diesen Begriff vom liberalen Bürgertum übernommen und diesen politischen Platz eingenommen hat, gab es immer vier unwandelbare Positionen linker Politik und einen nicht vollständigen, aber doch sehr weitgehenden Konsens über sie:

Erstens verstand sich die große Mehrheit der sozialistischen Linken als entschieden internationalistisch und antinationalistisch. Was Marx und Engels – mit der Terminologie ihrer Zeit – im „Kommunistischen Manifest“ schrieben, muss in der heutigen interdependenten Welt erstrecht für eine zukunftsfähige heutige Linke gelten: „Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, dass sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, dass sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.“

Zweitens war sie immer eine Bewegung für soziale Gerechtigkeit und soziale Gleichheit und machte ihre Politik ausgehend von den Bedingungen und Interessen der sozial Benachteiligten, der Enteigneten und Entmachteten.

Drittens fragte sie anders als andere Gruppen, die sich gegen soziale Ungerechtigkeit wandten, nach den sozialökonomischen und politischen Ursachen dieser Situation und versuchte, sie zu verändern.

Viertens schließlich hatte die Linke auch immer einen emanzipatorischen und freiheitlichen Anspruch, den Menschen von Fremdbestimmung durch die Kapitalverwertung, Profitdominanz und Marktlogik zu befreien.

Das sind nach meiner Überzeugung die unaufgebbaren Axiome der sozialistischen Linken auch in der Gegenwart und für die Zukunft.

Die tief greifenden sozialen und kulturellen Wandlungen in den heutigen Gesellschaften sowie die Globalisierung und das Scheitern von Staatssozialismus und Parteikommunismus fordern von uns jedoch auch prinzipiell neue Antworten und Werte.

Ich möchte die folgenden hervorheben:

Erstens: Diese vier Grundpositionen der sozialistischen Linken und die praktischen Konsequenzen wurden von den verschiedenen linken Strömungen immer unterschiedlich, nicht selten auch gegensätzlich interpretiert. Das trifft am stärksten auf ihren emanzipatorischen Anspruch zu, vor allem wenn man ihn als Selbstbestimmung und Selbstbefreiung des Menschen und der Menschen versteht. In der Praxis wurde er auch bewusst und in den staatssozialistischen Ländern intensiv missachtet, wenn das Individuum der Gesellschaft, der „Sache“ und dem Wahrheitsmonopol einer angeblichen linken Wissenschaftlichkeit unterworfen wurde. Die Linke muss hier nichts neu erfinden. Links-Sein heute muss allerdings endgültig jede Missachtung und Geringschätzung von individueller und gesellschaftlicher Freiheit, Universalität der Menschenrechte und Demokratie hinter sich lassen und das freie, selbstbestimmte Individuum in das Zentrum ihrer Politik und ihrer Vorstellungen von Gesellschaftlichkeit stellen. Sie kann in dieser Frage auf einige ihrer bedeutungsvollsten Theoretiker und Politiker und auf Intellektuelle zurückgreifen, die ihr nahe standen, obwohl sie von der parteikommunistischen Linken zurückgewiesen wurden.

Stellvertretend möchte ich Rosa Luxemburg zitieren, die die Freiheit der Andersdenkenden und hemmungslose Demokratie aus prinzipiellsten Gründen einklagte: „Das Negative, den Abbau kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive nicht. Neuland. Tausend Probleme. Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmt schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhellt schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe. Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt. Wie dort politisch, so auch ökonomisch und sozial. Die

ganze Volksmasse muss daran teilnehmen. Sonst wird der Sozialismus vom grünen Tisch eines Dutzends Intellektueller dekretiert, oktroyiert.“⁷

Eben das trat ein, und vier Jahrzehnte später musste Albert Camus bitter und zutreffend feststellen: „Wenn die Freiheit heute erniedrigt oder in Fesseln gelegt wird, dann nicht, weil ihre Feinde Verrat geübt hätten, sondern gerade eben weil sie ihren naturgegebenen Beschützer verloren hat. Ja, die Freiheit ist Witwe; aber wir müssen der Wahrheit zuliebe hinzufügen: sie ist unser aller Witwe. Die Freiheit ist Sache der Unterdrückten, und ihre Beschützer stammten zu allen Zeiten aus unterdrückten Völkern. .. vom 19. Jahrhundert an haben die Arbeiterbewegungen die ehrenvolle doppelte Verantwortung für Freiheit und Gerechtigkeit übernommen, und es wäre ihnen nie im Traum eingefallen, sie als unvereinbar zu bezeichnen. Ja, das entscheidende Ereignis des 20. Jahrhunderts bestand darin, dass die revolutionäre Bewegung die Werte der Freiheit aufgab, dass der Sozialismus der Freiheit immer weiter vor dem Sozialismus des Cäsarentums und des Militärs zurückwich. Im gleichen Augenblick verschwand eine gewisse Hoffnung aus der Welt, und für jeden freien Menschen begann Einsamkeit.“⁸

Zweitens: Ich stimme ich André Gorz und Otto Kallscheuer zu, dass die sozialistischen Fragen des achtzehnten, des neunzehnten Jahrhunderts, „die soziale Frage, die demokratische Frage, die ökonomische Frage und die Freiheitsdimension kultureller Autonomie“, und die sozialistischen Fragen des einundzwanzigsten Jahrhunderts - die ökologische Krise und der Welthunger fortbestehen und sich verknüpfen.⁹ Sie haben sogar existenzielles Ausmaß angenommen. Anti-Neoliberalismus und die Überwindung von Krieg, Marktradikalismus, Privatisierung und Dominanz des Profits über die gesamte gesellschaftliche Entwicklung sind nicht mehr nur aus linker Sicht wünschenswert, sie sind zu Existenz- und Entwicklungsbedingungen, zur Überlebensfrage der Volkswirtschaften und Gesellschaften geworden.

Drittens: Gesellschaftliche Spaltung hat einen hohen Preis. Sie zerstört Demokratie und demokratische Wertorientierung, Solidarität, Gemeinsinn und Toleranz. Sie stärkt die ohnehin schon übermächtigen Wirtschaftsmonopole, die großen Konzerne und Banken. Sie schwächt auch jene, die noch in das kapitalistische Verwertungssystem eingebunden sind, und die Gegenmacht der Gewerkschaften und anderer sozialer Kräfte.

Bei all dem geht es um nicht mehr und nicht weniger als um zentrale Eigentums- und Machtfragen. Das muss die europäische Linke in dieser Schärfe aussprechen und ihrer Politik zugrunde legen. Das Ende des osteuropäischen Staatssozialismus bedeutete nicht nur die Privatisierung der Staatsindustrien, Banken, Böden und anderen großen Vermögenswerte aus diesen Ländern zugunsten der Konzerne und Banken im Westen oder einheimischer Oligarchen, es war auch ein entscheidender Ausgangspunkt in

⁷ Rosa Luxemburg: Die russische Revolution. Berlin. In: Werke, Bd. 4, S. 360.

⁸ Albert Camus: Brot und Freiheit, in: Verteidigung der Freiheit. Politische Essays, S. 49

⁹ André Gorz: Und jetzt wohin?, Nördlingen 1991, S. 11

den Metropolen, die kapitalistische Macht- und Eigentumsfrage neu und noch radikaler zu stellen.

Ralf Dahrendorf, einer der letzten großen liberalen Intellektuelle, sprach es 1994 aus: „Es gibt Zeiten, in denen soziale Konflikte und ihre wissenschaftliche Erörterung einen fundamentalen oder konstitutionellen Charakter annehmen... Das war im achtzehnten Jahrhundert der Fall...; es gilt am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts wieder. In solchen Zeiten stehen die Spielregeln von Herrschaft und Gesellschaft selbst zur Diskussion.“¹⁰ Die Unternehmerverbände und ihre politischen Sachwalter waren fähig diese Frage zu stellen. Die demokratische kapitalismuskritische Linke war bisher nicht fähig und nicht bereit, sie mit zeitgemäßem und emanzipatorischem Inhalt und sozialen, demokratischen und ökologischen Alternativen aufzugreifen und zum Gegenstand realer Politik des Widerstandes, der Wiedergewinnung und Erneuerung des Öffentlichen zu machen.

Wenn man André Gorz folgt, und ich möchte das tun, dass „Sozialismus... nur im Zusammenhang mit dem Kapitalismus, als dessen positive Negation verstanden werden (kann)“¹¹, dann ist eben dies die erste Ursache für eine neue, brennende Aktualität linker Politik. Sie ist mit großer gesellschaftlicher Dringlichkeit und mit menschlicher Verantwortung für das Schicksal von Millionen unmittelbar Betroffenen, die ihr Leben heute leben, und denen ihre Lebenschancen heute genommen werden, gefordert, der neuen und konkreten Zerstörungskraft, den – noch einmal André Gorz – „unerträglichen Folgewirkungen der freien Marktwirtschaft“ erneuerte und konkrete Grenzen zu setzen. Gorz hat sicherlich Recht: „Der Sozialismus ist tot, insofern er sich als ein *System* begriff, welches sich im Namen der Wissenschaftlichkeit seiner totalen Rationalisierung von lebensweltlichen Verankerungen abschnitt und den Anspruch auf individuelle Emanzipation und Selbstgestaltung des Lebens verwarf. Aber Sozialismus wird als Bewegung und geschichtlicher Sinnhorizont weiterbestehen oder wieder aufleben, insofern er sich gemäß seiner ursprünglichen Bedeutung als Streben danach versteht, die durch die bürgerliche Revolution begonnene Emanzipation der Individuen zu vollenden, d.h. sie auch in Bereichen zu verwirklichen, in denen die Individuen im Kapitalismus Systemimperativen, Herrschaftsbeziehungen und Fremdbestimmungen unterworfen bleiben.“¹²

Am Rande möchte ich erwähnen, dass sich für mich als geschichtliche Lehre daraus ergibt, aber auch aus den kulturellen und anderen Veränderungen unserer Gesellschaften und aus der Offenheit des Ringens um die Gestaltung einer nichtkapitaldominierten gesellschaftlichen Alternative, dass die Linke der Gegenwart und Zukunft nur noch plural und pluralistisch zu denken sind. Und dieser Wert ist alles andere als eine Randfrage. Er stellt an die Kultur der erneuerten Linken schwierige, widerspruchsvolle Anforderungen, aber er ist auch eine Chance, den Reichtum ihrer Unterschiedlichkeit nicht mehr in linken Grabenkämpfen gegeneinander zu führen, sondern produktiv im Streit um eine soziale und demokratische Alternative zu nutzen.

¹⁰ Ralf Dahrendorf: Der moderne soziale Konflikt, München 1994, S.49

¹¹ André Gorz, S. 94

¹² André Gorz: S. 93f.

Viertens: Hier komme ich zu einem in der europäischen Linken, auch in der deutschen und französischen Linken höchst strittigem Thema und bin mir der Position des MRC im besonderen bewusst. Ich spreche über die Haltung der Linken zur europäischen Integration. Wir sind uns einig, dass die Europäische Union eine entscheidende Triebkraft von Privatisierung, Marktradikalismus und neoliberaler Deregulierung ist. Wir sind uns daher einig, denke ich, in der entschiedenen Ablehnung der Vertragsgrundlagen der EU seit dem Maastrichter Vertrag und ihrer praktischen Politik. Insbesondere mit dem Monetarismus des Maastricht-Vertrages und der so genannten Lissabon-Strategie wird auf die Herrschaft der Märkte, der Finanzinstitute und des sozial zerstörerischen Wettbewerbs, darunter insbesondere auch des Standortwettbewerbs der Mitgliedsländer gesetzt. Strittig sind jedoch die Schlussfolgerungen daraus.

Widerstand der Linken gegen diese Politik ist dringend erforderlich und muss deutlich stärker, öffentlichwirksamer und nachhaltiger werden. Das muss allerdings nicht nur auf den Lissabonvertrag, sondern in gleicher Weise auch auf den geltenden Vertrag von Nizza zutreffen, der alles andere als eine positive Alternative ist, zumal er auch für die empörenden jüngsten Urteile des EUGH gegen das Streikrecht, soziale Vergabekriterien und Tarifbedingungen die rechtliche Grundlage ist.

Nach meiner Überzeugung ist die inzwischen nicht mehr unwahrscheinliche Desintegration und Renationalisierung keine verantwortungsvolle Alternativen. *Erstens* würde sie die positiven historischen Seiten der bisherigen Integration sowie den sozialen, demokratischen und ökologischen Möglichkeiten der europäischen Integration nicht gerecht, die – zugegeben – allerdings gegenwärtig brach liegen. Sie wären das eigentliche Feld linken Nachdenkens und linker Kämpfe. *Zweitens* stünde am Ende der Desintegration ebenfalls eine neoliberale und sozial zerstörerische europaweite Freihandelszone, die aber anders als die EU nicht nur schwierige und unzureichende, sondern gar keine demokratischen und sozialen Gestaltungsmöglichkeiten erlaubte. *Drittens* würden die Möglichkeiten, die europäische Integration für eine strukturelle Kriegsunfähigkeit und die Überwindung des zerstörerischen europäischen Nationalismus wenigstens auf dem europäischen Kontinent gefährdet werden. *Viertens* schließlich sollten wir nicht ignorieren, dass die EU zwar ein Motor und Instrument des Neoliberalismus ist, er aber wesentlich durch die nationalen Regierungen und die nationalen Unternehmerorganisationen in den Staaten voran- und in die EU hinein getrieben wird. Wir müssen von der EU erweiterte nationalstaatliche Gestaltungsspielräume und Möglichkeiten sozialer und politischer Kämpfe in unseren Gesellschaften zurückgewinnen. Wir müssen und können nach meiner Überzeugung zugleich die Europäische Union zum Kampffeld um die Verteidigung und Weiterentwicklung der europäischen Sozialstaatsmodelle gegen die neoliberale Globalisierung machen.

Ich kann hier nur apodiktisch bleiben, nicht argumentativ werden. Aber ich bin fest überzeugt, dass die europäische Linke weder die europäische Integration

der Rechten überlassen noch aufgeben darf. Im Gegenteil: Die europäische Integration und eine europäische Sozialunion (die nicht die Priorität nationalstaatlicher Sozial- und Beschäftigungspolitik beeinträchtigt, sondern ihr positive europäische Rahmenbedingungen zur Seite stellt) werden zwei Seiten der gleichen Medaille sein. Das eine ohne das andere wird scheitern. Und wer, wenn nicht die Linke, kann genau dies überzeugend artikulieren und dabei an die europa-sozialen Vorstellungen Jaques Delors' anknüpfen, die alle anderen politischen Kräfte, auch die Sozialdemokratie, aufgegeben haben.

Fünftens: Mit der Beseitigung seiner ihm im 19. und 20. Jahrhundert abgerungenen politischen, sozialen und anderen Fesseln hat der Kapitalismus auch seine allgemeinen und Selbstzerstörungskräfte wieder entfesselt. Das neoliberale Projekt erweist sich - gemessen an den aktuellen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen und Möglichkeiten - längst als kontraproduktiv. Sein eigenes, wie auch immer zu bewertendes, Anpassungspotenzial ist erschöpft. Der neoliberale, der marktradikale Kapitalismus ist zum Hindernis der möglichen und notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen geworden. Das betrifft nicht nur so offensichtliche Fragen wie die Klima- und Umweltschutzpolitik, die Erneuerung des sozialen Zusammenhalts, eine zukunftsfähige, also auch sozial orientierte Bildungs-, Kinder- und Jugendpolitik oder die Überwindung von Not, sozialer und kultureller Zerstörung im Süden und seiner Abhängigkeit, sondern auch die Europapolitik und die unabdingbare soziale Kohäsion in der EU, die demokratische und soziale Gestaltung der Globalisierung sowie die immer gefährlicher bedrohte und unvergleichlich notwendige internationale Friedensfähigkeit. Die Reproduktionsfähigkeit einer Gesellschaft und Welt, in der alles, fast alles nur noch der wirtschaftlichen Verwertung unterworfen ist, ist nicht mehr gewährleistet.

Die Verantwortung der Linken erschöpft sich nicht darin, eine gewisse sozialdemokratische Korrektur der Politik zu bewirken. Sie erschöpft sich schon gar nicht darin, Mehrheitsbeschaffer der rechten Sozialdemokratie zu sein. Die neue Linke ist kein vorübergehendes Phänomen. Sie steht für das strategische Projekt eines grundlegenden Richtungswandels, für die Überwindung des sozial, demokratisch, ökologisch und auch wirtschaftlich zerstörerischen neoliberalen Marktradikalismus.

Das wird nicht in einem einzigen Schritt möglich sein. Abhängig von politischen Kräfteverhältnissen und Wahlergebnissen sowie vom gesellschaftlichen Klima wird die Linke zu problematischen Kompromissen, zu einzelnen Korrekturen fähig und bereit sein müssen, zugleich aber ihre Politik, ihre organisatorische und intellektuelle Arbeit beharrlich und wirkungsvoll auf weiterreichende Ziele ausrichten müssen. Uns wird Realismus in schonungsloser Weise abgefordert werden. Er darf jedoch weder bedeuten, diese Ziele aus dem Auge noch die eigenen Wählerinnen und Wähler zu verlieren, weil wir bei ihnen den Eindruck erweckt haben, mit uns wird alles und alles sofort anders.

Die Forderung der globalisierungskritischen Bewegungen "Reclaim the public!" ist geeignet, in den Wertekanon der europäischen Linken Eingang zu finden. Sie muss für die Wiedergewinnung des öffentlichen Gemeinwesens stehen, und das mit besonderer Dringlichkeit bei den Zukunftsressourcen der Bildung und Kultur. Die heutige Linke stellt daher durchaus die Eigentumsfrage, und zwar nicht als orthodoxe Forderung nach Verstaatlichung, sondern als Frage nach den Chancen für ein selbstbestimmtes Leben des Individuums und seiner sozialen Gleichheit und Sicherheit.

Die Linke will die öffentliche Kontrolle von Investitionen und Zinsentwicklung.

Auf der Tages- und Zukunftsordnung der heutigen Linken wird eine weitreichende Demokratisierung der Gesellschaft einen zentralen Platz einnehmen: die deutliche Stärkung plebiszitärer Demokratie und der Teilhabe zivilgesellschaftlicher Organisationen, die Rückgewinnung und Weiterentwicklung von Formen der Wirtschaftsdemokratie, die Einführung partizipativer Haushaltspolitik, die Demokratisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Sozialversicherungssysteme.

Bei aller Unterschiedlichkeit, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, ich bin überzeugt, dass wir einen überaus großen Vorrat an Gemeinsamkeiten haben und eine große gemeinsame Verantwortung, in die neoliberalen Gesellschaften des "There is no alternative" die Zuversicht einer notwendigen und möglichen alternative zu tragen.